

Der SPD-Kandidat Hans-Jochen Vogel

Politik und politischer Werdegang – eine Bilanz

Die SPD hat den früheren Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus, Hans-Jochen Vogel, zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1983 nominiert. Obwohl Vogel es bisher im Wahlkampf vermieden hat, zu den wichtigsten Fragen der deutschen Politik eindeutig Stellung zu beziehen — er redet, nicht nur auf Plakaten und Anzeigen, allen nach dem Mund —, sind die Umriss seiner Politik erkennbar, einer Politik, die in entscheidenden Fragen mit der Politik Helmut Schmidts und der alten SPD/FDP-Regierung gebrochen hat. Das Wahlprogramm der SPD und die Aussagen des SPD-Kandidaten Vogel lassen keinen Zweifel:

Vogel und die SPD

- würden unser Land einem rotgrünen Pakt ausliefern. So wie Vogel sich vor der Wahl um die Stimmen der grünen Wähler bemüht, würde er sich nach der Wahl um die Stimmen der grünen Abgeordneten bemühen,
- würden den beginnenden Wirtschaftsaufschwung wieder abwürgen und unser Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben,
- würden durch ihre Schaukelpolitik zwischen Ost und West die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Die vorliegende Studie dokumentiert die Politik und den politischen Werdegang des SPD-Kandidaten Vogel. Sie beschreibt die Etappen auf seinem Weg zum SPD-Kandidaten:

- in München konnte Vogel seine Partei nicht zusammenhalten; als er München verließ, war die SPD heillos zerstritten;

- in **Bonn** war Vogel als zuständiger Minister verantwortlich für das „am schlechtesten und unsozialsten funktionierende Mietrecht“ (Süddeutsche Zeitung vom 31. 12. 1982) und für den Rückgang des Wohnungsbaus;
- in **Berlin** wurde während Vogels „hundert Tagen“ als Regierender Bürgermeister täglich ein Haus besetzt.

Die politische Bilanz ist eindeutig:

Vogel war nicht gut für München;

er war nicht gut für Bonn;

er war nicht gut für Berlin.

Vogel ist nicht gut für Deutschland.

Station 1: München

Zerfall und Radikalisierung der SPD

Zwölf Jahre, von 1960 bis 1972, war Vogel Oberbürgermeister von München. Zum Schluß konnte er sich nur durch den Verzicht auf eine erneute Kandidatur der Gefahr entziehen, von der eigenen Partei gestürzt zu werden. Vogel hatte 1974 sogar Mühe, als Abgeordneter für den bayerischen Landtag aufgestellt zu werden. Obwohl er der bayerische Spitzenkandidat werden sollte, erhielt er von den insgesamt 32 Kandidaten auf der Wahlkreisliste Oberbayern das drittschlechteste Ergebnis.

Vogel war nicht in der Lage, den Marsch der Marxisten in der Münchner SPD zu stoppen. Er verstand es nicht, die auseinanderstrebenden Parteiflügel zusammenzuführen. Er wurde selbst eine Ursache für die Zerstrittenheit der Münchner SPD.

Sein Nachfolger im Amt als Münchner SPD-Vorsitzender beschuldigte Vogel der „Zerstörungswut“, die er an die Stelle von Integrationskraft setze (zitiert nach „Die Welt“ vom 11. 3. 1974).

Auf die linken Dogmatiker in der Partei hat er „eben nicht minder dogmatisch reagiert – von Vermittlung, Aussöhnung, Integration keine Spur.“ (Der Spiegel, 7. 2. 1983)

Der Begriff „Münchner Verhältnisse“ wurde zum geflügelten Wort für die innerparteiliche Zerrissenheit und den innerparteilichen Machtkampf in der SPD.

„Statt zu kämpfen . . . flüchtete Vogel von München nach Bonn.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 9. 1981)

„Da ging 1972 einer, der in seiner eigenen Münchner Partei gescheitert war und trotzdem verkündet hatte, er wolle die CSU in Bayern das Fürchten lehren, nach Bonn, um dort Bundesbauminister zu werden.“ (Münchner Merkur, 15. 5. 1974)

FAZIT: In München ist Vogel an sich und seiner Partei gescheitert. Bei seiner Flucht nach Bonn hinterließ er in München einen politischen Scherbenhaufen.

Mitverantwortlich für Bodenspekulation?

In die Amtszeit Vogels und in seiner Verantwortung als Münchner Oberbürgermeister fiel – wie erst jetzt bekannt wurde – der Anfang einer der skandalösesten und gewinnträchtigsten Bodenspekulationen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Gewinne machte die Gesellschaft „Terrafinanz“ durch die Baulandbeschaf-

Hans-Jochen Vogel – ein politischer Werdegang

„Seine Höhenflüge in München, in Berlin und in Bonn endeten jedesmal mit peinlichen Bruchlandungen.“ („Stern“ vom 18. 12. 1980)

„In München beschloß er, der rechteste SPD-Spitzenmann zu sein und wurde es. In Bonn beschloß er, der liberalste Justizminister zu sein und wurde es. Und in Berlin beschloß er, der linkeste SPD-Spitzenpolitiker zu sein und wurde es auch.“ (Das ehemalige SPD-Vorstandsmitglied Harry Ristock am 30. 10. 1982 im „Hamburger Abendblatt“ über Vogel)

„Die Grünen müssen sich . . . fragen, ob sie lieber einen Bundeskanzler Kohl oder mich wollen . . . Ich habe noch nie Stimmen zurückgewiesen, die mir . . . gegeben worden sind.“ (Vogel in der Zeitschrift „Bunte“ vom 2. 12. 1982)

fung für den Bau der Münchner Entlastungsstadt Neuperlach, die von der Neuen Heimat gebaut wurde. Gesellschafter der „Terrafinanz“ waren führende Männer der Neuen Heimat, wie z. B. der damalige Vorstandsvorsitzende Vietor, ein SPD-Mitglied.

Die Frage ist, auf welche Weise die „Terrafinanz“ den Einstieg in ihr üppiges Millionengeschäft gefunden hat.

Bereits 1962, als die „Terrafinanz“ mit der Stadt München ins Geschäft kommen und von ihr Grundstücke kaufen wollte, tauchte zum ersten Mal der Verdacht auf, daß es sich bei ihr um ein Tarnunternehmen des DGB-Konzerns Neue Heimat handeln könnte. Der Kommunalausschuß des Stadtrates wurde von der Verwaltung — verantwortlich Dr. Vogel — wiederholt dahingehend unterrichtet, daß die „Terrafinanz“ keine Tochtergesellschaft der Neuen Heimat sei und auch keine irgendwie gearteten Bindungen zwischen den beiden Gesellschaften beständen.

Auf den Hinweis des „Spiegel“ (vom 7. 2. 1983), es gebe einen Streit darüber, ob Vogel von vornherein gewußt habe, daß „Terrafinanz“ und Neue Heimat etwas miteinander zu tun hätten, antwortet Vogel heute:

„Ich habe den Eindruck gehabt, die ‚Terrafinanz‘ gehört zum Bereich der Neuen Heimat.“

Auf die weitere Frage des „Spiegel“, ob ein Sitzungsprotokoll des Stadtrates aus der Zeit des Vertragsabschlusses, in dem festgestellt wird, „Terrafinanz“ und Neue Heimat hätten nichts miteinander zu tun, und das Vogel als Oberbürgermeister abgezeichnet habe, richtig sei, antwortet Vogel heute:

„Das war ein Sitzungsprotokoll, wie es viele gab.“ (Spiegel vom 7. 2. 1983)

Inzwischen hat auch das Revisionsamt der Stadt München festgestellt, daß die „Terrafinanz“ mit Wissen und Unterstützung der Stadtverwaltung ohne zwingenden Grund mit der Übernahme von Terrainaufgaben im Gebiet Perlach betraut wurde, ohne daß die dafür erforderliche Entscheidung bzw. Zustimmung des Stadtrates herbeigeführt wurde.

FAZIT: Diese Widersprüche und Ungereimtheiten verlangen unverzüglich eine klare Antwort Vogels, die die Rolle des SPD-Kandidaten bei der damaligen Affäre klärt.

Station 2: Bonn

Der Wohnungsbau wird abgewürgt

Vogel ist verantwortlich für die Zerrüttung des Wohnungsmarktes. In einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 31. Dezember 1982 heißt es zur Wohnungsbau- und Mietpolitik des früheren Ministers Vogel:

„Hans-Jochen Vogel hat die Bundesrepublik das am schlechtesten und unsozialsten funktionierende Mietrecht im internationalen Vergleich zivilisierter Länder (zumindest teilweise) zu verdanken.“

Unter Vogel als Bundeswohnungs- und Bundesjustizminister — von Ende 1972 bis Anfang 1981 — begann der besorgniserregende Niedergang des Wohnungsbaus.

Fertiggestellte Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 bis 1981

Jahr	Anzahl
1973	714 226
1974	604 387
1975	436 829
1976	392 380
1977	409 012
1978	368 145
1979	357 751
1980	388 904
1981	365 462

Diese negative Entwicklung des Wohnungsbaus setzte sich bis zum Ende der SPD-Regierung fort.

Diese Entwicklung hat verheerende Folgen für die Baufirmen, für die dort beschäftigten Arbeitnehmer und für die Mieter gehabt. 110 000 Arbeitsplätze wurden bereits vernichtet und weitere 200 000 waren in Gefahr.

Angesprochen auf die Folgen seiner Wohnungspolitik für die Bauwirtschaft meinte Vogel:

„Wenn dieser Wildwuchs jetzt zurückgeschnitten wird und man auch in dieser Branche erkennt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dann kann das nicht schaden.“ (Zitiert nach „Bild am Sonntag“, 15. 7. 1973)

FAZIT: Vogel ist verantwortlich für den Niedergang des Wohnungsbaus und für die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Häuser standen leer

Unmittelbare Verantwortung trug Vogel als zuständiger Justizminister auch dafür, daß Häuser leer standen, denn die rechtliche Möglichkeit zum Abschluß von Zeitmietverträgen wurde durch das Mieterschutzgesetz von 1974 beseitigt. Dadurch war es — zum Beispiel in Sanierungsgebieten — nicht mehr möglich, Wohnungen für kurze Zeit zu vermieten. Vor der Abschaffung der Zeitmietverträge konnte auch dieser Wohnraum noch effektiv bis zum möglichen Beginn der Sanierung genutzt werden.

Die Union sprach sich schon damals gegen die Abschaffung der Zeitmietverträge aus. Die Auswirkungen dieser Gesetzesänderung zeigten sich bald im „Leerstehenlassen“ von Häusern, die saniert werden sollten. Dies war eine Ursache für die späteren Hausbesetzungen.

FAZIT: Aufgrund dieser Politik standen den Wohnungssuchenden weniger Wohnungen zur Verfügung. Vogel hat für die Beschäftigung der Wohnungsämter statt der Bauwirtschaft gesorgt. *

Für eine Verstaatlichung von Grund und Boden

Hans-Jochen Vogel fordert in seiner Schrift „Reale Reformen“ aus dem Jahre 1973, daß privates Grundeigentum durch die Aufspaltung in ein kommunales Verfügungseigentum und in ein privates Nutzungseigentum aufgehoben werden soll:

„Das bisherige Eigentum an Grund und Boden wird in ein Nutzungs- und ein Verfügungseigentum aufgeteilt. Dieses Verfügungseigentum an Grund und Boden geht auf die Gemeinschaft über.“

Weiter führt Vogel dann aus:

„Dieses Modell gibt der Gemeinschaft auf dem Weg über die Festlegung des Nutzungseigentums die Möglichkeit, die Nutzung jedes einzelnen Grundstücks bis ins Detail festzulegen.“ (Hans-Jochen Vogel, „Reale Reformen“, München 1973)

Diesen sozialistischen Verstaatlichungsplänen hat Vogel anscheinend immer noch nicht abgeschworen, denn in einem Spiegel-Interview vom 2. Februar 1981 führt Vogel als Ursache für die Berliner Wohnungsmisere auch das Bodenrecht an, wörtlich: *„Es liegt aber auch an unserem Bodenrecht.“*

Gerade aber am Beispiel Berlins läßt sich nachweisen, daß mit Verstaatlichung schwierige Wohnungsprobleme nicht zu lösen sind: Über die Hälfte aller leerstehenden Häuser in Berlin waren zu Vogels Zeiten bereits im Gemeineigentum, das heißt im Besitz städtischer Wohnungsbaugesellschaften.

Der Bonner Rechtswissenschaftler Professor Dr. Werner Flume hat schon 1972 vor den Folgen dieser Vogel-Pläne gewarnt (Handelsblatt, 11. 8. 1972):

„Der Vorschlag . . . paßt trefflich zu einer ‚verwalteten‘ Gesellschaft. Die Gemeindeverwaltung wird alles trefflich regeln. Sie bestimmt, was für die Bürger nützlich ist, und sie teilt nach ihrem Willen den Boden für die Nutzung zu. Es ist eine Rückkehr ins 18. Jahrhundert.“

FAZIT: Vogel hält an seiner alten Idee der Verstaatlichung von Grund und Boden fest.

Der Verfassungsminister kennt die Verfassung nicht

Unter Helmut Schmidt wird Hans-Jochen Vogel im Mai 1974 Justizminister.

„Der Rückhalt bei den ‚Kanalarbeitern‘ sicherte ihm den Ministerstuhl, sein Image als Law-and-Order-Mann den Zuschlag für das Justizressort.“ (Stern, 17. 12. 1980)

Jeder Justizminister ist unter anderem zuständig für die Prüfung der Gesetzesvorlagen der Bundesregierung auf ihre Verfassungsmäßigkeit.

Während der Amtszeit von Hans-Jochen Vogel (1974—1981) wurden mindestens sechs Gesetze verabschiedet, die vom Bundesverfassungsgericht wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz aufgehoben wurden und entscheidend korrigiert werden mußten:

- Gesetz zur Neufassung des § 218 Strafgesetzbuch
- Ausbildungsplatzförderungsgesetz
- Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes
- Erstes Eherechtsreformgesetz
- Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge
- Staatshaftungsgesetz.

Kein Justizminister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine derartige Rekordzahl an verfassungswidrigen Gesetzen zu verantworten wie der „Einsler-Jurist“ Hans-Jochen Vogel.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte dies am 23. Januar 1981 wie folgt: „So läßt sich die Bilanz für Vogel bis zum heutigen Tag, was das ‚unpolitische‘ Recht angeht, mit einem Satz umschreiben: Im Kleinen solide, im Großen gefährlich.“ (FAZ, 23. 1. 1981)

FAZIT: Ein Justiz- und Verfassungsminister, der die Verfassung nicht kennt, disqualifiziert sich selbst.

Station 3: Berlin

Im Januar 1981 wurde Hans-Jochen Vogel vom Berliner Abgeordnetenhaus zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

Der „Stern“ (18. 12. 1980) zog damals folgende Zwischenbilanz:

„Seine Höhenflüge in München, in Bayern und in Bonn endeten jedesmal mit peinlichen Bruchlandungen.“

In 100 Tagen: Weniger Rechtssicherheit, mehr besetzte Häuser

Vogel hat als Regierungschef in Berlin versagt. In seiner kurzen Amtszeit als Regierender Bürgermeister — vom 23. Januar bis 10. Mai 1981 — hat er zugelassen, daß die Zahl der in Berlin besetzten Häuser von 29 auf über 165 gestiegen ist — jeden Tag wurde mindestens ein Haus besetzt. Das Vertrauen der Berliner in den Rechtsstaat schwand. Es verfestigte sich bei ihnen der Eindruck, daß derjenige, der am rücksichtslosesten von seinen Ellenbogen Gebrauch macht, am ehesten eine Wohnung zum Nulltarif erhält.

Die Zeit kommentierte diese Politik am 13. März 1981:

„Der Senat hat an einer Stelle seines Beschlusses vom 3. Februar gesagt, unser Bestreben ist es, die gegenwärtigen Umstände in rechtlich ordnungsgemäße Verhältnisse überzuleiten. Dazu gehört dann auch, daß man Strafanträge bei Hausfriedensbruch nicht stellt... oder daß man sie wieder zurücknimmt... Nun gibt es außerdem in der Strafprozeßordnung eine Menge legaler Möglichkeiten, die dazu führen, daß am Schluß keine vollstreckbaren Strafen herauskommen.“

Dies ist eine seltsame Methode, den Rechtsfrieden herzustellen, indem die in ihren Rechten Verletzten zum Verzicht auf die Durchsetzung ihrer Rechte überredet werden.

Die Verfolgung von Straftaten wird damit zu einer Frage taktischer Beliebigkeit. Die politischen Vorgaben Vogels — zum Beispiel Strafanträge gegen Hausbesetzer zurückzunehmen — trugen Früchte. Plünderungen oder Sachbeschädigungen wurden in Berlin während seiner Regierungszeit nicht mehr konsequent strafrechtlich verfolgt. Die Hausbesetzungen erfolgten in immer kürzeren Abständen.

Vogel verunsicherte zwangsläufig mit dieser Politik auch die Staatsanwaltschaft und die Polizei. In einem Artikel der Zeitung „Die Welt“ vom 21. Februar 1983 heißt es:

Die für politisch motivierte Delikte zuständige Staatsanwaltschaft setzte sich jetzt über eine von Justizsenator Gerhard Meier (FDP) mit Hans-Jochen Vogel abgestimmte Aufforderung hinweg, einem Studenten Haftverschonung zu gewähren... In der Staatsanwaltschaft herrscht wegen Meiers Ratschlag erheblicher Verdruß: sie wird als der Versuch empfunden, politischen Druck auf die Rechtspflege auszuüben.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beschwerte sich massiv über die Polizeiführung, die auf ausdrückliche Weisung des Senats handelte:

„Es ist unerträglich, daß Polizeibeamte bei der rechtmäßigen Ausübung von ihrer Führung zurückgepiffen werden.“ (dpa, 13. 2. 1981)

Selbst die linke Berliner Tageszeitung „TAZ“ schrieb nach Vogels Abwahl:

„Ein maroder SPD-Senat verhalf der Bewegung erst richtig zum Durchbruch. Getragen von der Sympathie der Bevölkerung erlebte die Stadt von Januar bis Mai 1981 einen ‚Besetzungsboom‘, der Leerstand wurde systematisch dezimiert und ein Haus besetzen war einfacher als im Supermarkt eine Flasche Sekt klauen.“ (Tageszeitung, 10. 3. 1982)

Richard von Weizsäcker hat am 21. März 1981 die Konsequenzen der Politik Vogels anschaulich beschrieben:

„Die Folgen sind, daß zwar einzelne Straftäter verfolgt werden. Ein Straftäterkollektiv aber hat, wenn es nur mit Krawallen drohen kann, gute Chancen, vor Ermittlung und Zugriff geschützt zu bleiben. Die höhere Kriminalität genießt den höheren Schutz. Wer Knippel oder Steine zur Durchsetzung seiner Ziele benutzt, der wird ermutigt. Wer dagegen in der Schlange steht und wartet, der gerät ins Hintertreffen. Es ist unerträglich, wenn auf diese Weise der Friedliche zum Schwächeren und der Rechtsbrecher zum Stärkeren wird.“

Die Berliner haben dann auch am 10. Mai 1981 Hans-Jochen Vogel nach nur dreimonatiger Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin mit großer Mehrheit abgewählt.

Doch auch der Berliner Oppositionschef Vogel blieb im Gerede. Nur mit Mühe konnten ihn z. B. die eigenen Parteifreunde im September 1981 davon abhalten, zusammen mit den Alternativen einen Mißtrauensantrag gegen den Berliner Innensenator Lummer zu stellen.

FAZIT: In Berlin ist Vogel politisch gescheitert. Nach einer über 30jährigen Regierungszeit hat er die SPD in die Opposition gebracht.

Station 4: Der SPD-Kandidat

Am 21. Januar 1983 wird Hans-Jochen Vogel auf dem Dortmunder SPD-Parteitag zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl am 6. März 1983 nominiert. Wieder einmal

flüchtet Hans-Jochen Vogel aus einer politischen Niederlage — diesmal in Berlin — in ein neues Amt und hinterläßt einen maroden, in sich zerstrittenen SPD-Verband.

Die SPD bleibt zerstritten und nicht regierungsfähig

Die Regierung Schmidt ist vor allem daran gescheitert, daß die SPD nicht mehr in der Lage war, eine einheitliche Politik zu formulieren und durchzusetzen. Mit dem Wechsel der SPD in die Opposition und durch den Wahlkampf sind diese Spannungen erst einmal überkleistert.

Professor Christian von Krockow, selbst SPD-Mitglied, warnte daher seine eigenen Parteifreunde vor der erneuten Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD:

„... vergessen scheint, in welchem jammervollem Zustand unsere Partei (SPD) sich nach wenigen Monaten befand. Verzagtheit und Zank, wechselseitige Vorwürfe, die Unfähigkeit zu klarem Kurs, zu durchgreifenden Entscheidungen, bestimmten ihr Bild. Und kaum mehr ein Partner blieb; sogar im Verhältnis zu den Gewerkschaften staute Bitterkeit sich auf. Diese ganze Misere müßte sofort wieder aufbrechen, falls die SPD nach dem 6. März erneut in die Regierungsverantwortung einzurücken hätte. Denn die Probleme, mit denen wir konfrontiert werden, haben sich seit dem letzten Sommer ja nicht aufgelöst. Im Gegenteil, sie sind nur drückender geworden.“

Krockows Aufforderung:

„Genossinnen und Genossen! Hiermit möchte ich Euch raten, — diesmal ausnahmsweise — nicht die eigene Partei, sondern die Union zu wählen.“ (Die Zeit, 28. 1. 1983)

FAZIT: Unter Vogel bleibt die SPD zerstritten und regierungsunfähig.

Der rotgrüne Pakt und seine Folgen

Die SPD hat unserem Land eine katastrophale Erblast beschert. Die Anbietung der SPD-Kandidaten Vogel an Grüne und Alternative bedeutet in dieser Lage eine zusätzliche politische Hypothek.

Vogel will mit Kräften an die Macht kommen, die sich zu „Fundamentalopposition“, „Basisdemokratie“, „imperativem Mandat“ und „außerparlamentarischem Widerstand“ bekennen. Diese Aussagen stehen im klaren Gegensatz zu den Grundsätzen unserer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Vogel gefährdet damit die politische Stabilität und Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland; er setzt die Berechenbarkeit der deutschen Politik aufs Spiel.

Vogel über die Grünen:

„... ich halte es für unfair, wenn man von vornherein mit einem Vorurteil der Gruppe begegnet, bevor sie überhaupt an einer einzigen Parlamentssitzung teilgenommen hat.“ (Vogel im Deutschen Fernsehen am 12. 5. 1981)

Helmut Schmidt grenzte sich scharf von den Grünen ab. Man dürfe ihnen „keinen roten Teppich ausrollen, weil man nicht weiß, was sie damit anfangen“ (dpa, 1. 11. 1982), Hans-Jochen Vogel begründete dagegen die neue Koalitionsstrategie der SPD:

„An der Koalitionsfähigkeit der Grünen dürften nicht in der gleichen Weise Maßstäbe angelegt werden, wie sie seit dreißig Jahren etablierten Parteien geläufig seien... Im Um-

gang mit den Grünen und Alternativen sollten die anderen Parteien ‚Geduld, Gelassenheit und Beobachtungsfähigkeit‘ aufbringen.“ (dpa, 1. 11. 1982)

Schon einen Monat später attestiert Vogel den Grünen eine — in seinem Sinne — positive Entwicklung und Entwicklungsfähigkeit:

„... dann werden sie (Anmerkung: die Grünen) eine Fraktion werden wie andere auch. Dann kann man auch zu Abreden kommen.“ (Die Bunte, 2. 12. 1982)

... und wirbt offen um ihre Stimmen:

Die Grünen müssen sich fragen, ob sie lieber einen Bundeskanzler Kohl oder mich wollen... Ich habe noch nie Stimmen zurückgewiesen, die mir ... gegeben worden sind.“ (Die Bunte, 2. 12. 1982).

Die Perspektive ist erschreckend: Unser Land, das besonders in schweren Zeiten eine handlungsfähige Regierung braucht, soll einem rotgrünen Pakt ausgeliefert werden.

FAZIT: Vogels rotgrünes Bündnis würde die politische Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie gefährden und unser Land in eine schwere Krise treiben.

Die SPD und ihr Kandidat haben nichts dazu gelernt

Dreizehn Jahre SPD-Politik haben unserem Land Massenarbeitslosigkeit, eine gigantische Staatsverschuldung und über 100 000 Firmenpleiten beschert.

Das beweist: Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft und kann nicht mit Geld umgehen. Die SPD hat nichts dazu gelernt: In ihrem Wahlprogramm von Dortmund setzt sie auf staatliche Wirtschaftslenkung, auf unbezahlbare Versprechungen, auf noch mehr Belastungen für den Bürger sowie für die Wirtschaft, auf noch höhere Staatsverschuldung:

- Der SPD-Kandidat Vogel will alle Sparmaßnahmen der Regierung Helmut Kohl, die zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft erforderlich waren, wieder rückgängig machen. Gleichzeitig sollen neue, nutzlose Strohfeuerprogramme in Milliardenhöhe (ca. 50 Milliarden) aufgelegt werden.

Die Folge: Die Staatsverschuldung wächst, die Zinsen steigen wieder, die Wirtschaft investiert weniger, es gibt noch mehr Arbeitslose.

- Der SPD-Kandidat Vogel will das neue verbesserte Mietrecht wieder rückgängig machen und lehnt die Wohnungsbaupolitik der Regierung Helmut Kohl ab. Dadurch wird der Aufschwung der Bauwirtschaft wieder abgewürgt.

Die Folge: Weniger Wohnungen, mehr Wohnungssuchende, höhere Mieten, mehr Arbeitslose.

- Der SPD-Kandidat Vogel will Investitionen für zukunftsweisende Technologien — z. B. im Energie- und Medienbereich — blockieren.

Die Folge: Zigtausend neue Arbeitsplätze in krisensicheren Berufen werden gar nicht erst geschaffen. Die deutsche Industrie verliert ihren Weltstandard, sie wird zweitklassig.

● Das von Hans-Jochen Vogel angestrebte rotgrüne Bündnis würde den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung abwürgen, die Wirtschaft noch mehr belasten, die Staatsverschuldung erhöhen.

Die Folge: Wirtschaftskrise als Dauerzustand, das Ende der sozialen Sicherheit, noch mehr Arbeitslose.

FAZIT: Die SPD hat kein Konzept zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, weil sie aus ihren früheren Fehlern nichts gelernt hat.

Die Außenpolitik des SPD-Kandidaten schadet den deutschen Interessen

Helmut Schmidt war der erste westliche Politiker, der auf die Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 hingewiesen hat. Er hat deshalb vor allem auf die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses gedrängt. Um eine Nachrüstung der NATO überflüssig zu machen, verhandeln die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion in Genf mit dem Ziel, die Verschrottung der sowjetischen Raketen, die Westeuropa bedrohen, zu erreichen. Alle Mitglieder der NATO bestehen gegenüber der Sowjetunion auf einem Gleichgewicht der Kräfte auch im Bereich der Mittelstreckenraketen.

Von dieser gemeinsamen Position des Westens, die auch Helmut Schmidt in der Vergangenheit vertreten hat, ist der SPD-Kandidat Vogel abgewichen.

„Ich halte eine Vereinbarung, die bei radikaler Reduzierung der sowjetischen Systeme die Aufstellung auf unserer Seite überflüssig macht, nach wir vor für möglich.“ (Interview in der Süddeutschen Zeitung, 26. 1. 1983)

Eine im Umfang nicht näher bezeichnete Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen macht nach seiner Auffassung eine Nachrüstung des Westens entbehrlich. Dies bedeutet im Klartext:

Die SPD billigt der Sowjetunion ein Raketenmonopol zu; sie gibt die Forderung nach einem Gleichgewicht der Kräfte auf und setzt damit die Bundesrepublik Deutschland dem politischen Macht- und Drohpotential der Sowjetunion schutzlos aus.

Gleichzeitig vertritt der SPD-Kandidat Vogel die Auffassung, *„daß bei den Verhandlungen in Genf wohl nicht so getan werden kann, als wenn es diese Systeme (Anmerkung: die britischen und französischen) nicht gäbe . . . Die Existenz dieser Systeme kann nicht einfach aus dem Bewußtsein gestrichen werden.“* (Interview in der Süddeutschen Zeitung, 26. 1. 1983)

Damit hat der SPD-Kandidat in zwei zentralen Fragen die gemeinsame westliche Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion verlassen. Die SPD ist außenpolitisch isoliert. Unseren westlichen Freunden, vor allem den USA sowie Frankreich und Großbritannien, ist der SPD-Kandidat in den Rücken gefallen.

Der französische Staatspräsident Mitterrand — ein überzeugter Sozialist — hat sich in seiner Rede am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag von dieser Politik des SPD-Kandidaten Vogel distanziert:

„Die Friedenssicherung ist erforderlich. Dazu ist ein Gleichgewicht der Kräfte notwendig. . . Die gemeinsame Entschlossenheit der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses und ihre Solidarität müssen dementsprechend mit aller Deutlichkeit bekräftigt werden, damit die Verhandlungen überhaupt zu einem Erfolg führen können. Das ist doch die Grundvoraussetzung dafür, daß die vorgesehenen Waffen nicht aufgrund des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 in Westeuropa stationiert werden.“

Die außen- und sicherheitspolitischen Erklärungen Vogels verunsichern unsere westlichen Verbündeten, wie die folgenden Auszüge aus westlichen Zeitungen zeigen:

„Wenn die Sozialdemokraten am 6. März gewinnen, so würde das Verteidigungsgebäude einstürzen, das der Westen entwickelt hat, um die Sowjets zu mehr Vernunft zu bringen.“
(Die französische Zeitung Le Matin, lt. dpa vom 22. 1. 1983)

„Man kann es nicht deutlicher sagen: Die sowjetische Strategie setzt auf den Sieg des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, Herrn Vogel. . .“ (Le Monde, 17. 1. 1983)

„Vogel ist von den Sowjets mit Herzlichkeit empfangen worden. Er hat sich offen gegenüber den Initiativen Moskaus und ablehnend gegenüber den NATO-Plänen, die Pershing II und Marschflugkörper in Europa zu dislozieren, gezeigt. Die Moskoviter Presse hat Vogels Position in den letzten Tagen sehr begrüßt. . .“ (Die italienische Rundfunkanstalt „RAI 2“, BPA vom 11. 1. 1983)

Die britische Zeitung Daily Telegraph stellte am 18. Januar d. J. schlicht fest: „Gromykos Besuch in Bonn hat ein Hauptziel, der SPD beim Wahlsieg zu helfen.“

Diese außenpolitische Positionen des SPD-Kandidaten schaden den deutschen Interessen, weil dadurch ein Abrüstungserfolg in Genf gefährdet wird. Denn nur wenn der Westen geschlossen gegenüber der Sowjetunion auftritt und die Notwendigkeit des militärischen Gleichgewichts einmütig betont, wird die Sowjetunion bereit sein, ihre Überrüstung abzubauen, die sie ja bei vorzeitigen Zugeständnissen des Westens beibehalten könnte.

Für ihre Politik haben die SPD und ihr Kandidat nur Beifall im Osten erhalten. Die SPD spricht ja auch in ihrem Wahlprogramm von der „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion.

Kein Wunder, daß Andropow zu Vogel in Moskau sagte: „Wir hoffen, daß Sie an die Regierung kommen.“ (Spiegel vom 24. 1. 1983)

Der SPD-Kandidat Vogel ist bereit, mit den Grünen politisch zusammenzuarbeiten, also mit politischen Kräften, die für den Ausstieg aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr eintreten. Ein rotgrüner Pakt würde die Sicherheit und die außenpolitische Berechenbarkeit der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Ein rotgrüner Pakt würde die außen- und sicherheitspolitischen Grundlagen unserer staatlichen Existenz zerstören, die über drei Jahrzehnte unsere Freiheit erhalten haben.

FAZIT: Vogel und die SPD würden mit ihrer Schaukelpolitik zwischen Ost und West die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Der politische Verwandlungskünstler Vogel

Auf den Wahlplakaten der SPD wird ihr Kandidat als Verwandlungskünstler dargestellt — mal mit Jacke, mal im Pullover, mal im staatsmännischen Nadelstreifen, mal mit und mal ohne Brille, mit Händen in der Tasche oder auf dem Rücken.

Der SPD-Kandidat Vogel „... spricht bayerisch, sobald er sich München nur nähert, berlinert, wenn er ins Flugzeug steigt, das ihn an die Spree tragen soll. Bis hin zu körperlichen Veränderungen gehen seine Verwandlungen...“ (Der Spiegel, 7. 2. 1983)

Bedenklicher ist der **politische** Verwandlungskünstler Hans-Jochen Vogel:

- der in München mit den Rechten in der SPD gegen die Linken in der Partei gekämpft und verloren hat,
- der mit Unterstützung der rechten Kanalarbeiter in der SPD Justizminister wurde und sechs Gesetze zu verantworten hat, die vom Bundesverfassungsgericht als teilweise verfassungswidrig aufgehoben wurden,
- der in Berlin die strafrechtliche Verfolgung von Hausbesetzern unterlassen hat und die Alternativen und Grünen politisch hoffähig gemacht hat,
- der jetzt mit Hilfe der Grünen durch eine Linkskoalition an die Macht kommen will.

Welches Vertrauen kann einem Politiker eigentlich entgegengebracht werden, der als Juso-Fresser begonnen hat und jetzt als Rotgrüner Kanzler werden will?

Dies ist „*seine vielleicht auffälligste Schwäche, die ein ungenannter Sozialdemokrat kürzlich auf die Formel brachte: Der Politiker Vogel hat Prinzipien, solange es opportun ist, Prinzipien zu haben.*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 2. 1983)

FAZIT: Vogel war nicht gut für München, er war nicht gut für Bonn und Berlin, Vogel ist erst recht nicht gut für Deutschland!